

# Sächsische Zeitung

Dr. 471.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 193.

Wochenpreis für Halle und Umgebungsgebiete 20 Mark, nach der Post 22 Mark für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung kostet 40 Mark, die jährliche 80 Mark. Einmalige Beiträge 50 Mark. Abnahme bei den Expeditionen in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Montag-Ausgabe

Erzügler: Dr. Hermann Böhme für die sächsische Poststelle über deren Raum für Halle a. S. (Halle) und für die sächsische Poststelle über deren Raum für Halle a. S. (Halle) und für die sächsische Poststelle über deren Raum für Halle a. S. (Halle).

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27  
Telephon Nr. 152.

Montag, 8. Oktober 1900.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.  
Telephon Nr. 931.

## Deutsches Reich.

Halle a. S., 8. Oktober.

Über ein Projekt, das nichts weniger bewirkt, als die gefamte deutsche Arbeiterschaft der Pariser Weltausstellung nach Berlin überzuführen, um dieselbe erst hier und dann in anderen großen Städten Deutschlands dem Publikum, soweit es nicht die gewöhnlichen Leistungen der vorläufigen Industrie in Paris selbst zu bewundern Gelegenheit hatte, aufzuführen, berichtet der „Konfessionist“. Nachdem man bereits seit einiger Zeit die Stimmung in den maßgebenden Kreisen sondiert hat, ist man jetzt von einer Seite, deren Hintermänner sich auf bedeutende finanzielle Kräfte stützen, an die einzelnen Aussteller mit der Frage herangetreten, ob sie in die Fortführung ihrer Ausstellung in Berlin willigen würden. Die daffelben Aussteller werden wohl zweifellos diesem Projekt, das ihnen ohne größere Ausgaben nur Nutzen bringen kann, ihre Bewilligung nicht verweigern, unjoweniger als sich ja nur um die Ueberführung fertiger Arrangements handelt, deren ursprüngliche Anlagelosten durch Worführung der Ausstellungsgesellschaften auch auf dem heimischen Markte erst voll nutzbar gemacht werden können. In Berlin würde das nach Ablauf der Anlaufausstellung disponible Ausstellungsgelände am besten Wohnhof sich durchaus für diesen Zweck eignen, während für die Ausstellungen der großen Maschinenbauanstalten und elektrischen Gesellschaften ein größeres Terrain in Wilmersdorf zwischen Raststätten- und Hofwegverlängerung in Aussicht genommen ist. Natürlich möchte auch die Eisenbahnverwaltung für den Transport der Ausstellungsobjekte nach und von Paris gewärtigen Freistreifenanordnungen für die Ueberführung nach Berlin und den anderen Städten einräumen, wozu sich dieselben ohne allen Zweifel gern bereit finden dürften.

\* Der Bundesrat hat, entgegen den Meinungen einzelner Mitglieder, sich mit der Einberufung des Reichstages in seiner Domesizität nicht beschloffen. Diese Frage pflegt erobigt zu werden durch ein Einvernehmen zwischen den größeren Bundesstaaten, worauf dem Kaiser die entsprechenden Vorschläge gemacht werden. Alsdann wird erst die formale Beschloffenheit des Bundesrats herbeigeführt. Man nimmt an, daß in Hüberstufung, wo der Kaiser jetzt weilt, der Zeitpunkt für die Einberufung des Reichstages vereinbart wird. Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

Über die am 4. d. Mts. abgehaltene Plenarsitzung des Bundesrats heißt der „Meinungs-“ nach folgendes mit: Der Bundesrat, Staatssekretär des Innern Dr. Graf von Bodoßky-Wilner, hat zunächst der letzten Sitzung des Bundesrats über das am 20. Juli d. Mts. erfolgte Einverständnis des Herzogs Alfred von Sachsen-Coburg und Gotha Ausdruck. — Nach dem Eintritt in die Tagesordnung wurde von der Bildung der Ausschüsse für das Landrecht und die Bildung der für das Gewerbe Ausschüsse genehmigt, während die Bildung der übrigen Ausschüsse durch Zurückwahl vollzogen wurde.

Eine Einigung sämtlicher preussischen Handwerks- und Gewerbevertreter ist dem B. L. zufolge zu erwarten. Lieber, das besonders vorgehen wollte, hat sich sehr entgegenkommend gezeigt. Der für Anfang November in Berlin in Aussicht genommene Handwerktag wird später stattfinden. Zunächst wird in Rassel eine Konferenz der Vorstände der Handwerks- und Gewerbevertreter abgehalten werden.

Wie einem Berliner Blatte zufolge verläutet, sind nun hauptsächlich die Vorarbeiten für die bereits seit längerer Zeit angekündigte Reform der preussischen Fideikommissgesetzgebung soweit vorgeschritten, daß die Einbringung der betreffenden Vorlage in der nächsten Session des preussischen Landtages zu erwarten ist.

Dem Vernehmen nach wird diese Reform zwar von dem Gedanken getragen sein, daß die Erhaltung des Großgrundbesitzes in bestimmten Familien ein Bedürfnis ist. Doch soll deshalb die Ausbildung des Fideikommissgesetzes nicht durchweg grundsätzlich begünstigt und gefördert werden. Vielmehr soll in einzelnen Zusammenhängen mehr getrennt, in anderen mehr gefördert werden. Als Hauptforderung ist mittelst einer Ermächtigung der Tempelkosten für Fideikommissleistungen, insbesondere auch durch die Wertbestimmung nach dem dauernden Ertrage in Aussicht genommen. Eine wichtige, grundsätzliche Abänderung dürfte darin bestehen, daß das Fideikommiss nicht mehr, als bisher den Erbengeldbesitzern unterstellt war, fortan der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung unterstellt werden soll, weil fäufig bei der Bildung von Fideikommissen nicht mehr ausschließlich nach juristischen, sondern in erster Linie nach wirtschaftlichen Grundregeln verfahren werden soll.

In Bezug auf die Herabsetzung des Apothekenpreises hat die „Anhaltische Zeitung“ neuerdings die Meinung geäußert, daß die frühere Herabsetzung der Abhebung der preussischen Anträge durch den Bundesrat nur „formell unzulässig“ sei, indem nicht in dem Bundesrat, sondern in vertraulichen Vorberathungen der Regierungen die Abhebung erfolgt ist. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ kann aus zuverlässiger Quelle hierzu bemerken, daß die Mitteilung auch in der letzten Form ihrem ganzen Inhalte nach unrichtig ist.

Nachdem mit dem 1. Oktober die letzte Gewerbeordnungsnovelle und mit ihr die Bestimmungen über den Kaufmanns- und Kaufmannslehrling in Kraft getreten sind, ist darauf aufmerksam zu machen, daß nach einer Frist im Gelebe selbst festgesetzt ist, welche vier Wochen nach dem 1., also am 28. Oktober d. J.,

abläuft. Sie betrifft alle offenen Verkaufsstellen, in welchen in der Regel mindestens zwanzig Geschäften und Verlegungen beschäftigt werden, und bezieht sich auf den Erlaß von Arbeitsordnungen. Bekanntlich wurde in der Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1891 für jede Fabrik mit mindestens 20 Arbeitern der Erlaß einer Arbeitsordnung vorgeschrieben. Dieser Erlaß sind die betreffenden Bestimmungen der letzten Gewerbeordnungsnovelle nachgebildet. Im Allgemeinen werden sich dem nach in den Arbeitsordnungen für die größeren offenen Verkaufsstellen die gleichen Bestimmungen wie in den Fabriken vorfinden müssen, so über Anfang und Ende der täglichen Arbeitszeit, über die Pausen, über Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung, über eine etwaige besondere Frist der zulässigen Kündigung, über Gründe für Entlassung und Austritt ohne Kündigung und gegebenen Falls über Strafen. Dagegen wird in den Arbeitsordnungen für die größeren Verkaufsstellen eine Bestimmung über die Vermählungswählbarkeit von Kindern nicht enthalten sein, weil für die Handwerksbetriebe dies auf das Gewerbe im engeren Sinne keine besondere Anordnung überhaupt nicht zutrifft. Selbstverständlich entfällt für diese Arbeitsordnungen auch die für die Fabriken vorgesehene Mitwirkung der etwa bestehenden Ausschüsse der Angestellten, jedoch ist ebenso wie in den Fabriken von dem Erlaß der entsprechenden Bestimmungen in Aussicht genommen, daß die Angestellten Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt der Arbeitsordnung zu äußern. Im letzten Jahre sind in der Provinz von Jahre 1891 getriebenen Anordnungen entsprechende Anwendung auf die Arbeitsordnungen der größeren offenen Verkaufsstellen. Die Arbeitsordnungen müssen, wie gefagt, mit dem 28. Oktober d. J. spätestens erlassen sein.

Die Arbeiten auf der Saalburg für die demnächst stattfindende Grundsteinlegung des Reichs-Eisen-Museums werden gegenwärtig mit großem Eifer betrieben. Bekanntlich ist die feierliche Grundsteinlegung auf nächsten Donnerstag, 11. d. Mts. Vormittags 11 Uhr in Gegenwart des Kaisers angelegt worden. Zu diesem Behufe wird der Kaiser nach dem neuesten Bestimmungen mittels Sonderzuges in Homburg eintreffen und sich von dort per Wagen nach der Saalburg begeben. Nach Beendigung der Feier fährt der Kaiser zum Besuche seiner Mutter, der Kaiserin Friedrich, nach Schloss Friedrichshof bei Gumburg. Die Beisitzung letzter der von Kaiser getriebenen Gänge verpicht sehr groß zu werden. Ob die Kaiserin Friedrich an dem feierlichen Akte teilnehmen wird, erscheint bei dem augenblicklich wieder etwas leidenden Zustande der hohen Frau sehr fraglich, und der Finanzminister Dr. von Miquel hat sich wegen Verhinderung entschuldigen lassen.

Der Kaiser unternimmt am 15. Oktober vorläufiglich eine Reise nach Hannover und der elektrischen Straßenbahn.

In einem wissenschaftlichen Vortrag, den Prof. Duden aus Gießen in letzten Winter hielt, hielt er, wie das „Archiv. Monatsblatt für Rheinland und Westfalen“ berichtet, mit, daß Herr Dr. Wisniewski letzte Worte gesprochen haben: „Lieber Herr, ich glaube, Sie werden mir danken und nicht mich auf in dem himmlischen Reich“, eine bisher in der Deutschen noch recht wenig bekannte Tatsache, die dem inneren Wesen des vereinigten Fürsten nicht überwiegt, für deren Verberigung aber allerdings die Mitteilung des Herrn Duden nicht ausreicht.

Der Kronprinz hat sich am Sonnabend Abend von Wildpartifikation nach Areuth in Oberbayern zur Teilnahme an den Jagden auf den Bestellungen des Herzogs Karl Theodor begeben.

In München traf der Kronprinz gestern Vormittag ein und wurde am Bahnhof von dem Legationssekretär der preussischen Gesandtschaft Grafen v. Brühl und dem Militärattaché Freiherrn v. Hammerstein empfangen. Der Kronprinz verließ der Salon wegen nicht und setzte bald nach 11 Uhr die Reise nach Gmund fort, wo er 12 Uhr Mittags eintraf. Mit dem Hofmarschall Fürst v. Coblenz fuhr der Kaiser. Hobeit in einer Hofequipe nach Bad Reichenberg. Gegen 10 Uhr reist besagte und eine zahlreiche Menschenmenge begrüßte den Kronprinzen auf das lebhafteste.

Auszeichnung deutscher Marineoffiziere durch den Kaiser von Japan. Der Kaiser von Japan hat dem Kapitän des „Alis“, Hans, die 3. Klasse des „Ordens der Aufgehenden Sonne“ verliehen. Es ist dies eine hohe Auszeichnung. Auch einige andere deutsche Marineoffiziere wurden vom Kaiser von Japan dekoriert. Ueberhaupt scheint, wie man der „Post“ mitteilt, die Beziehungen zwischen den japanischen und deutschen Marineoffizieren sehr freundlich zu sein, denn der Zeitpunkt des beim Sturm auf Taku gegen den japanischen Kapitän wurde von den deutschen Schiffsböden gelobten und den japanischen Schiffen überbracht.

Einmalminister Graf Bismarck hat sich, einer Einladung des Kaisers folgend, nach Habelschloß begeben.

Für die Wahl des Landeshauptmanns von Ostpreußen kommt, wie geschrieben wird, in erster Linie der königliche Kandidat des Grafen v. Prottau, von 1893 in Habelschloß, in Betracht, dessen Wahl bereits gefestigt ist dürfte. Herr v. Mülling, der älteste Sohn des früheren Landesverwalters, ist vor einigen Jahren auf den einmütigen Beschloffen des Grafen v. Prottau in den Verwaltungsdienst als Landrat eingetreten.

Eine unterbreitete Hofnachricht. In München wie auswärtigen Blättern fand sich dieser Tage folgende Notiz:

In ultramontanen Kreisen und am Hofe wird vielfach ein lässlicher Scheid des Prinz-Regenten kommentiert, der den Prinzen Ludwig Ferdinand und Alfons die nach der böhmischen Seite schicklich nachgelagerte Grubwin, mit ihren Bemerkungen von Jubiläum nach dem Reich zu führen, erweicht hat. Der abgelehnte Scheid soll damit begründet sein, daß der Regent die Prinzen in Italien nicht fahrer vor einem Skandal erachtete. Die Nachricht ist, wie die „Allg. Ztg.“ erzählt, von Hofwegen bis zu Ende vollständig erfunden. Die „Neue Bayer. Ztg.“ bemerkt indes zu diesem Dementi.

Die beiden Prinzen mit Gemalinne wollten, so sagte man uns, in London nach Rom reisen zur Jubiläumfeier; sie waren dadurch den Schwierigkeiten mit dem Kabinett aus dem Wege gegangen. Der Prinz-Regent hatte den Plan genehmigt. Da gab ein Exzellenz des Ministerpräsidenten der Sache eine andere Wendung, das laut sagte, daß die Mitglieder regierender Häuser sich zu enthalten hätten, zur Jubiläumfeier nach Rom zu gehen. Darauf unterließ die Hofnachricht.

Der Kolonialdirektor Dr. Stöbel hat Anfang dieser Woche dem Herrn Agenten Johann Albrecht von Welfenberg in Schwelm einen Besuch gemacht und sich unterredet. Der Herr von Welfenberg ist dem kolonialen Kreise der regsten Anteil und fördert die begünstigten Aufgaben kräftig. Er geht nicht nur dem Kolonialrat als Mitglied an, sondern steht auch an der Spitze der Deutschen Kolonialgesellschaft. Die Beziehungen des Herzogs zur Kolonialverwaltung sind vielfach und weitreichend. Der Kolonialdirektor hat dem Schwelmer Hofe die beste Aufnahme gefunden.

Veronalnachrichten. Am Stelle des zum Kommandanten des Zivildienstes „Baden“ ernannten Kapitäns von E. v. Gering hat der Korvettenkapitän Jacob die Stelle des Kommandanten des Reichs-Marinebureau übernommen. Der langjährige Direktor der Kaiserlichen Zerkassamantur, August Schiller, ist zu Straßburg i. E. im Alter von 73 Jahren gestorben.

Auf der anlässlich des nationalsozialen Parteitag in Leipzig stattgefundenen Beratung der sächsischen Nationalsozialen wurde beschloffen, sich an den in nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen nicht zu beteiligen.

Die Verhandlungen des 5. deutschen Fortbildungsausschusses wurden Sonnabend Nachmittag in Götting durch den Schuldirektor Paderborn in Anwesenheit des Geheimrats Eimon-Berlin in Vertretung des Ministers für Landes- und Schulwesen, Ministerpräsident Dr. v. Kner-Plagwitz eröffnet. Es handelte sich um 200 auswärtige Vertreter erschienen.

Gegen Maximilian Harden steht am heutigen Montag vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung zur Verhandlung an. Diese wird dem Vernehmen nach eine sehr umfangreiche werden, da eine ganze Anzahl von Artikeln des „Zukunft“ zur Verlesung gebracht werden müssen.

Die feierliche Grundsteinlegung der Maria-Keimungs-Kirche auf dem Grundstücken der Dormitium in Jerusalem fand, wie der „Germania“ mitgeteilt wird, Sonntag, 7. Oktober, statt. Die Grundsteinlegung wurde unter Teilnahme der Mitglieder des großen deutschen Pilgerzuges zum hl. Lande vollzogen, der nunmehr wohl behalten in Jerusalem eingetroffen ist. Die Kirche Maria-Keimung in Jerusalem wird bekanntlich nach dem von Kaiser ausgegebenen Plänen des Herrn Hofbaumeisters Henard in Köln und nachdem auch durch einen Herrn des Hofbaus zur Ausführung derselben die Baueinstellung der hohen Hofe erfüllt worden ist, gebaut werden. Ueber den Bauplan selbst haben wir neuerlich ausführlicher berichtet. Als Bauplatz sind etwa drei Jahre in Aussicht genommen.

Die für den November angekündigte Besuche des deutschen Gesandten am Marokkanischen Hofe nach Marokko hat nach der „Post“ bezüglich den Zweck, gewisse Ansprüche von deutschen Staatsangehörigen, über welche schon mehrere Notiz gemacht worden sind, nunmehr auf dem Wege mündlicher Unterhandlungen ihrer Erledigung entgegen zu führen.

Die Gerichtsbarkeit der Schutztruppen. In kurzer Form wird amtlich angekündigt, daß der Präsident des Reichs-Militärgerichts mit der Stellvertretung des Reichsanwalters im Bereiche der Militär-Jurisdiktion beauftragt worden ist. Der Reichsanwalter hatte die obere militärische Jurisdiktion über die Schutztruppen in den Händen. Mit seiner Vertretung darin waren die bisherigen Kolonialdirektoren von Dr. Kayser an beauftragt. Nunmehr ist das Strafrecht über die Schutztruppen auf das Reichs-Militärgericht übertragen. Der Reichsanwalter, wie der mit seiner Vertretung betraute Kolonialdirektor behalten von jetzt ab nur die Disziplinarjurisdiktion über die Schutztruppen in den Händen.

Die Gesundheitsverhältnisse in Kiautschau. Die Nachrichten über den Gesundheitszustand der Europäer in Kiautschau, welche bis Juni reichen, lauten andauernd sehr gut. Ueber die Befragungstruppen nach die europäische Bevölkerung hatte über einige Erkrankungen zu klagen. Besonders sind infektiöse Darmkrankheiten, namentlich Typhus, in diesem Jahre bisher kaum aufgetreten. Unter den Befragungstruppen kamen Todesfälle nicht vor; nur der Signaloffizier Major von E. M. S. „Jensen“ verstarb an Typhus, und zwar, wie sich bei der Leichenöffnung im Lazarett herausstellte, an eitrigem Blinddarmentzündung und Bauchfellentzündung. Uebbrigens geht das Gouvernementslazarett seiner Vollendung entgegen.

## China.

Nachdem es kaum gelungen ist, auf Grund der letzten entgegenkommenden Schritte des Kaisers von China ein allseitiges Einvernehmen unter den Mächten über die für die weiteren Verhandlungen zu erzielen, sondern von Neuem herbeizuführen Zweifel auf, ob es der chinesischen Regierung mit ihren lauten Friedensbestrebungen auch wirklich ernst ist. Kaiser Wilhelm hat in seiner bekannten Depesche an den Kaiser von China vom 30. September der Erwartung Ausdruck gegeben, daß dieser nach Peking zurückkehren werde, wo ihm alle gebührenden Ehren erwahrt werden sollten. Der chinesische Hof hat aber schon an

29. September angekündigt, daß er sich von Taiyuan in der Provinz Schansi nach Singan in der Provinz Schansi begeben werde. Es hätte nur abzuwarten, ob diese Absicht auch nach Empfang der Depesche des deutschen Kaisers eintreten und ausführen wird. Hoffentlich es so. Wir erhalten nämlich folgende Telegramme:

London, 6. Okt. Nach einer Meldung aus Shanghai findet ein kaiserliches Schiff vom 29. September die Ueberführung des Hofes von Taiyuan nach Singan an. Wohnformeln kreiseln in den jüngsten Chinesen keine Wästelheit ist, man glaubt, sie sollen nur die Mächte irreführen. Es heißt, daß heimlich viele Brandstiftungen herabgeschickt worden. 8000 Mann dienstfertiger Truppen, von denen, welche dem Kaiserland folgen, haben sich der Kaiserin in Schanghai eingeschlossen. Im Seefrieden haben nicht Aufrethaltungen begonnen, andere Meldungen besätigen, daß der Hof mit den Chinesen nur Zeit gewinnen wollte, er habe unterdessen seine Streitkräfte reorganisiert und seit mit ganzer Macht und allen angeblühn dregardiren hohen Beamten nach Singan gezogen, weil er sich jetzt stark genug um Widerstand hatte.

London, 6. Okt. Für die Unaufrichtigkeit und die Handlungslosigkeit der Kaiserin-Witwe von China kiel sich in folgenden vom "Standard" gemeldeten Fall ein interessanter Vorfall: Bei der Flucht war die Hof-Dame Li Huanzhen. Die Kaiserin-Witwe erhob dabei in einem Memorium eine Anklage gegen die Kaiserin Wang, Kangji und Gunguh. Der Kaiser, der vorher seine Gemahlin in der Erwartung wegen ihrer Unkeuschheit entlassen zu werden, in die Gemahlin geschickt hatte, blieb zunächst unbefähigt, doch ist er nunmehr vor Gericht geladen worden. In Shanghai ist man nach wie vor der Ansicht, daß die Kaiserin-Witwe nur den Mächten der Friedenspartei folgt, um Zeit zu gewinnen, bis die Mächte die Mächte an einer weiteren militärischen Aktion hindern.

Frankfurt a. M., 7. Okt. Die "Frankf. Bl." berichtet aus New-York vom 6. d. M.: Der hiesige japanische Gesandte erhielt eine Depesche, welche besagt, der chinesische Kaiser habe ein Edikt veröffentlicht, das den gegenwärtigen Gouverneur von Schansi anweist, einen neuen Palast in Singan zu errichten, wohin der Kaiser und die Kaiserin sich begeben werden. Der Kaiser habe er habe die Kaiserin nach Taiyuan begleitet; indessen sei es nicht seine Absicht, dort für immer zu bleiben, da Singan von Natur besser geeignet sei.

Sollten diese Meldungen durch die Haltung der chinesischen Regierung in der That bestätigt werden, dann werden die Mächte zweifellos keinen Augenblick zögern, den schlaunen Mandarinen gegenüber ganz andere Saiten anzuschlagen. Einen Vorzug davon erhält man bereits durch einen neuerlichen Vorstoß der amerikanischen Regierung, welcher nichts weniger als die unbedingte Weigerung der Kaiserin-Witwe von der Regierungsgewalt zu verweisen stellt. Hierüber meldet uns ein Telegramm:

London, 6. Okt. Eine Washingtoner Meldung des "Daily Chronicle" zufolge machte Amerika den Vorschlag, der Kaiser Manafu solle zur Rückkehr nach Peking bewegen und dort unter dem Schutze der Mächte mit einem Reformkabinett umgeben werden. Er solle dann die Kaiserin-Witwe durch Edikt absetzen und sie aller ihrer Würden verlustig erklären. Prinz Tuan müsse für seine Verbrechen mit dem Tode bestraft werden, und vor den Untertanen der Kaiserin solle der Kaiser durch die Wösten der Verbündeten geschützt werden.

Der Korrespondent der "Morning Post" meldet aus Tatu vom 1. Oktober, daß die Chinesen sich nicht der Niederlage beugen, seien auch das wahre Verhalten der Verbündeten die Schwäche auslegen. Sie seien der Ansicht, daß sie größere Erfolge als im Kriege gegen Japan erzielt hätten. Ihr Hauptbedenken sei, alle Fremden nach den Häfen oder nach Hause zu treiben. Mit Ausnahme der Briten, Amerikaner, Franzosen, Deutschen, Italiener, Belgier, Spanier und Schweden, die sie gebietet, sei ihnen das gelungen. Wenn Krieg erklärt würde, hätten die Chinesen das Recht, meint der Korrespondent, alle Fremden nach den Häfen zu bringen. So lange ein formeller Kriegszustand nicht besteht, hätten die chinesischen Beamten die Fremden in ganz China zu schützen. Die Verträge, das Verhältniß und Bruch der Verträge und Konventionen sei das Ziel der Chinesen. Wenn Chinas Krieg mit der Welt in einem Kompromiß ende, würde das Prestige aller Fremden ruiniert sein. Der Kampf zur Rettung des Hofes habe begonnen; neue Seere würden zu dem Zuge geübt. Graf von Waldersee's Politik müsse stark sein; viele Ansprüche erfordere harte Arbeit.

Es scheint, daß Graf Waldersee mit energischen Maßnahmen nicht zaudern wird. Wie aus guter Quelle berichtet wird, rechnet man in den deutschen Kreisen schon seit einiger Zeit mit der Abschließung eines Friedensvertrages mit der Kaiserin-Witwe von der Kaiserin-Witwe vorzubringen. Man denkt dabei weniger an eine gewöhnliche Zurückführung des Kaisers an den bisherigen Regierungssitz, als daran, ihn auf diese Weise endgültig von der fremdenfeindlichen Clique zu befreien, die sich mit seiner Person deckt und so, vor Stufe geschützt, das Feuer weiter zu führen sucht.

Angesichts der erfreulichen Einmüthigkeit der Mächte betreffs der Verhandlungen zu Friedensunterhandlungen wird denn auch trotz dieser feierlichen Aussichten die Lage heute günstiger denn je bemittelt. Man verkennt nie gesagt anzunehmen, daß militärische Maßnahmen erster Natur auch weiterhin erforderlich sein werden, um den Chinesen das Uebergewind der verbündeten Mächte eindringlich einzuschärfen; aber man hofft doch, daß das Ziel der Wiederherstellung des Friedens selbst in absehbarer Zeit erreicht werden wird. Ein Telegramm meldet:

Wien, 7. Oktober. Die hiesige "Politische Korrespondenz" läßt sich von einem Gewährsmann, der in den jüngsten Tagen mit Vertretern nahezu sämtlicher der chinesischen Frage betheiligten Mächte sprach, die Situation folgendermaßen vernehmen. In der ununterbrochenen Sammlung, welche die Gräfinwitwe der Kaiserin veranlaßt, ist ein Moment der Erschlaffung eingetreten. Es hatte den Anschein, als trete die große chinesische Welt mit einem Schlag hervor, die europäische Kultur, Amerika und Japan bedrohen. Es schien, als trete die Welt in schwerer Gefahr. In der letzten Zeit würde sich die Bekämpfung über die chinesische Frage. Die Elemente des Widerstandes in China haben ihre Kraft verloren. Die Plannen des Vorgesetzten, Kuffenandes, gingen nur an einzelnen Orten auf, man erhält nicht den Eindruck, daß sie die größten Teile des Reiches erfüllen könnten. Die Chinesen sehen ein, daß sie dem verurteilten Kaiserlaufgebot auf die Dauer nicht widerstehen können. Wenn auch die Diplomatie noch eine schwere Arbeit hat und die Schlußaufgabe eben erst beginnt, darf man behaupten, daß das ostasiatische Gewölbe der Welt nicht so gefährdet ist, wie es nach der Ansicht der Welt ist. Es gibt die für die europäischen Mächte in New-York soll der Circulardnote des Grafen Milow vom 1. Oktober richtungsvoll aufmerksamkeit. Milowen wird besagt, daß ein

wirkliches Zusammengehen der Mächte in China sehr durch die Politik des Grafen Milow gefördert sei. Vorläufiger Bericht folgendes Telegramm aus:

Washington, 6. Oktober. Meldung des "Amerikanischen Bureaus". Die Pläne der Vereinigten Staaten und des diplomatischen Corps in Washington bereits mitgeteilt. Danach ist es möglich, daß die Vereinigten Staaten den Verbot der Waffenexporte in China einseitig aufheben können, als der Aufrechterhaltung händiger Schutzzölle in den Grenzgebieten zu Peking und der demnach der Bewegung der Chinesen zwischen Peking und dem Meer. Die beiden letzten Vorschläge könnten die Möglichkeit einer Abweisung von Gebietsverlusten im Gefolge haben, wenn man nicht zu wissen, daß, selbst wenn die Abweisung dieser beiden Vorschläge gemeint sei, sie doch möglich wären. Diese Gesichtspunkte wurden nur bekannt gegeben, um den Vertretern der anderen Mächte einige der Fragen andeutend, welche man bei der Beantwortung der französischen Note in Erwägung zu ziehen hat.

Die meisten Mächte des Ans und Auslandes besprechen die Note Delcaessé in günstigem Sinne und betonen, daß sie klar und energisch sei und ein erreichbares Ziel verfolge. Mehrere Zeitungen haben hervor, daß sie im Wesentlichen im Einklang stehe mit dem deutschen Vorschlage. Wie es heißt, lauten die bisher eingelaufenen Antworten der Mächte durchaus zum Eintritte.

Man eine telegraphische Meldung aus Peking haben die Mächten den Sommerabend gehalten. Der überreichhaltigste Abend der Kaiserin von Japan wurde gestern Abend von Shanghai nach Peking abgehen. Die Kaiserin-Witwe ist am 5. Oktober, 10 Uhr Abends unter russischer Eskorte von Tientsin per Boot ebenfalls nach Peking abgereist.

Weiter liegen folgende Telegramme vor:

Washington, 7. Oktober. Meldung des "Amerikanischen Bureaus". Eine hier eingetroffene Depesche aus Peking vom 2. Oktober meldet: Der Rückzug der japanischen Truppen hat begonnen. Amlich wird gemeldet, daß die Hälfte der japanischen Truppen nach Japan zurückkehren wird. In mehreren Eisenbahnhöfen, die mit Japanern besetzt waren, sollen, wie es heißt, die große Selbsttötung befohlen haben. Die Japaner behaupten jedoch, es habe sich nur Munitio darin befunden.

Britische Truppen haben in Peking Geiseln verhaftet, welche den Bogen Munition verhalten. — Die Amerikaner suchen in der verordneten Stadt nach der kaiserlichen Kasse-Sammlung, aber nicht um zu plündern, sondern nur die Sammlung zu beschützen.

Frankfurt a. M., 7. Okt. Der "Frankfurter Zeitung" wird aus Shanghai von einem Telegraphen: Hier wird das Gerücht verbreitet, daß die chinesische Kaiserin-Witwe, welche sehr reich ist, ihre Interessen an die Fremden zu übertragen wünscht, weil sie fürchtet, ihr Eigentum könnte vielleicht für die Schadloshaltung der Mächte mit Weisung belegt werden. — Eine geheimnisvolle Verwicklung ist hier bei dem besonderen Vertreter zum Inhalt gekommen. General-Gouverneur Yuanjun ist zugleich General-Präsident der südlichen chinesischen Häfen.

Petersburg, 7. Okt. Dem "Russischen Anvalden" zufolge haben die russischen Truppen im Laufe der Monate Juli und August von den Chinesen im Ganzen 14 Gefangene verschiedener Systeme, 1200 Wund Wunden, 20 Fässer erbeutet und außerdem den Bogen eine große Zahl von Geschützen, Patronen und Fässern abgenommen.

Wo ist Frau v. Kettler? Demnächst wird folgendes Telegramm aus Detroit:

Der Vater der Baronin v. Kettler, der Gemahlin des in Peking ermordeten deutschen Gesandten, ist in großer Verlegenheit, weil alle nach der Baronin v. Kettler angestellten Nachforschungen ergebnislos geblieben sind. Der Vater hat infolgedessen bei dem chinesischen Minister des Auswärtigen angefragt, um Nachrichten über den Verbleib seiner Tochter zu erlangen. Die Baronin v. Kettler hat China im August verlassen, um sich nach Yokohama zu begeben, wo sie ihr Bruder erwarten und sich ihrem Vater bringen sollte. Seitdem ist keine Nachricht mehr von ihr bei ihrem Vater eingegangen.

Diese Mittheilungen stehen im Widerspruch zu verschiedenen früheren Meldungen, wonach Frau von Kettler erst ganz kürzlich China auf dem Wege nach Japan verlassen hat. Immerhin bedarf die Sache weiterer Klärung.

### Der Krieg in Südafrika.

Dem Kriegsausbruch in Südafrika liegen zwei sich sehr stark widerstreitende Nachrichten vor. Lord Roberts' Bericht war aus Pretoria vom 5. Oktober, daß die Zahl der Büren, die sich entweder ergeben oder gefangen genommen werden, täglich wächst und sich jetzt bereits an 16,000 belaufen dürfte. Dagegen berichtet General Kellie-Kenny von einem unglücklichen Gefecht der Engländer, und die Abweisung seiner Meldung erinnert an die schlimmsten Zeiten der englischen Verheerung in dem ersten Abschnitt des Krieges, wo sie sich Schläge auf Schläge hielten.

Ein Bataillon Freiwilliger wurde nämlich eine Abtheilung Büren in der Nähe von Blydenburg überfallen. Aber trotz der vielen Gefangenen und Ueberläufer zeigte sich hier, daß die Zahl der kämpfenden Büren doch noch größer war, als man erwartet hatte. Das Freiwilligen-Bataillon mußte sich nach einem dreistündigen Kampfe zurückziehen. Der General schloß seinen Bericht mit der beruhigenden Meldung, daß die Engländer nur sechs Verwundete hatten und sagt dann die ebeno unangenehme wie feroclose Wendung hinzu: „die Verluste der Büren waren schwer.“

In Paris wird behauptet, Präsident Krüger habe seine Absicht, nach Europa zu reisen, vorläufig aufgegeben. Der König von Portugal sei ebenfalls eine Unterredung zwischen Roberts' Krüger und Setim herbeizuführen, welche vielleicht bewirken könnte, daß England zu Konzeption bereit wäre, die nimmermehr erwidert wären, wenn Krüger eine direkte Intervention der europäischen Höfe und Regierungen in Anspruch nähme. Man sagt, die Königin von Portugal habe an die Königin Victoria geschrieben, und diese habe ihr in dem eben angebeuteten Sinne geantwortet.

### Niederland.

Belgien. Das Thronfolgerpaar, Sozialismus und Anarchismus.

Das neuermählte belgische Thronfolgerpaar traf, wie aus derbestallt berichtet wird, am Sonnabend in einem Entzuge, von König Lommed, dort ein. Sobald der Zug hielt, begab sich der Gouverneur von Lüttich in großer Uniform in den Hofraum, um die beiden Herrschaften zu empfangen. Er führte in seiner Hand eine Krone, die er für ihn eine hohe Ehre, als Gatte der Königin mit

seiner Gemahlin an der Spitze des Landes begrüßen zu können, eines Landes, in welchem der König durch seine Anwesenheit und die Festhaltung der Positionen, in welchem er absteigt, daß der Gouverneur keine Annehmlichkeiten, als denen er absteigt, daß eine hiesige Prinzessin gleichmäßig für die Belgier seine Fremde sei. Um 12 Uhr 20 Minuten verließ der Zug unter dem Schutze der Menge den Bahnhof, um nach Brüssel zu fahren. Die Ankunft dort erfolgte auf dem Bahnhof. Die Fahrt vor dort wurde durch einen Zwischenfall unterbrochen, welcher die Prinzessin selbst. Auf dem Wege bildete die Bürgergarde Scharen, hinter zu über eine große Menschenmenge aufgestellt genommen hatte, welche das prinzipielle Paar läutlich begrüßte. Einzelne Leute, die die Prinzessin begrüßen wollten, wurden durch die Bürgergarde abgewiesen. Auf dem Bahnhof in Brüssel hatte sich ein Zwischenfall ereignet. Ein sozialistischer Gemeinderath wollte dem Prinzen eine Bittschrift überreichen, in welcher Anwesenheit gefordert wird; die Ueberreichung wurde jedoch unter Protest des Bittstellers verhindert. Auf dem Prinzen eine Menge über die Bürgergarde von Brüssel abwand, demonstrirt eine Gruppe sozialistischer Gemeinderäthe wiederholt für die Bittschrift. — Von einem anarchistischen Komplotz berichtet folgendes Telegramm:

Brüssel, 6. Oktober. Die Fremdenpolizei macht bekannt, daß in maison da peuple ein anarchistisches Komplotz gegen den Prinzen Milier entdeckt und sich Verhaftungen vorgenommen wurden. Unter den Verhafteten befindet sich jener Deutsch, der bereits mit Guido auf der Anklagebank saß. Weitere Verhaftungen sollen heute früh erfolgen.

Gestern gegen 2 Uhr Nachmittags verließen Prinz und Prinzessin Albert in Begleitung des Königs das Schloß und fuhren unter Eskorte von einem großen Menschenmenge nach dem Bahnhof, wo sie von Bürgermeister der Stadt empfangen wurden. Von dort begaben sie sich zu Fuß nach der Börse, wo der Vertreter der Vereine und Schulen stattfand. Als der König mit dem Prinzen und der Prinzessin Albert unter Eskorte des Gendarmeregiments von der Börse nach dem Schloß zurückkehrten, wurde eine Gruppe von Sozialisten sich in den folgenden Wegzügen hinein drängen, doch wurden sie von der Polizei daran verhindert. Zwei Arbeiter, welche Aufsehen in die Menge ausübten, wurden verhaftet, jedoch alsbald wieder freigelassen. Es wurden außerdem etwa 10 Personen verhaftet, welche von den Anordnungen der Polizei nicht Folge leisten wollten.

### Italien.

Die Verpflichtungen gegen Amerika. Eine Depesche des "Newport Herald" aus Washington meldet: Die Regierung beschließt, entscheidende Schritte zu thun, um die Forderungen der Amerikaner hinsichtlich ihrer Verpflichtungen und Bedingungen bezüglich der Zahlung von 90,000 Dollar als Entschädigung für die Verletzung der Amerikaner während der amerikanischen Revolution zu bezeugen. Der amerikanische Gesandte Straus steht nach der Forderung und zwar mit dem ausdrücklichen Auftrag, auf die Erfüllung der Forderung zu drängen. — Eine andere Meldung aus Washington bemerkt die Mitteilung des New-York-Herald. In der Frage, betreffend die Verpflichtungen der Amerikaner hinsichtlich der Entschädigung für die Verletzung der Amerikaner während der amerikanischen Revolution hat gegenwärtig keine Ausänderung stattgefunden. Es ist auch eine solche für die nächsten Zukunft nicht zu erwarten.

### Spanien.

Neuerliche Generalrats-Mitglieder. Einundzwanzig Mitglieder des Generalrats von Madrid wurden suspendiert und dem Gericht übergeben. Sie werden erst durch Eingehör des Rechts, der Ministerialrat, der Generalrat der Provinz und der Presse.

### England.

Parlamentarische. Bis Sonnabend Abend 11 Uhr waren 322 Ministerielle, 99 Liberale und 65 irische Nationalisten gemählt. — Der Herr Gladstone sagte in einer Rede, die er zu Birmingham hielt, über Wahrscheinlichkeit nach werde Lord Salisbury zurücktreten, bevor das neue Kabinett gebildet sei, und Chamberlain alsdann im Stande sein, seine eigenen Forderungen zu diktiert.

### Telegramme.

Tientsin, 8. Okt. (Neuermeldung.) Die australischen Abtheilungen von Pekingfu weigerten sich, die Stadt zu verlassen, da sie Veracht seitens der chinesischen Eskorte fürchteten. Eine deutsche Truppenabtheilung von 500 Mann mit 2 Geschützen, die abgedeckt war, die Gegend um Tzung-fu-hsin aufzulkären und Wagen und Maultiere für die Expedition nach Pekingfu zu raubieren, lebte nach vierstündiger Abwesenheit zurück. Sie war 7 Meilen von Tzung-fu-hsin hinausgegangen und hatte viele Beyer gesehen. Zwei Mann, von Loger abgehebt, waren schwer verwundet, ein japanischer Kuli in Etüde gehauen. Die Expedition nach Pekingfu geht über Tzung-fu-hsin. Die Expedition ist aufgehoben worden und wird Montag oder Dienstag abgehen. Chinesische Meldungen theilen mit, daß die Soldaten aus Pekingfu geflohen sind und Verbrechen in der Stadt und die Wege nach Pekingfu besetzt halten. Man erwartet, daß sie sicher werden, sobald sie von dem Kommanden der Truppen hören werden.

### Der Prozeß in Konig.

Vor der Strafkammer zu Konig wurde am Freitag ein Meinungsstreik gegen den Abgeordneten Richard H. Meind, genannt Spritzer, aus Hoforn, einen Freund des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Ernst Winter, verhandelt. Er soll am Nachmittag des 11. März d. J. an welchem Tage der junge Winter ermordet wurde, in Gesellschaft des Letzteren gefahren worden sein. Aus diesem Anlaß ganz besonders aber um Auskunft zu geben, ob Winter mit dem Sohne des Königs Reichstagsabgeordneter, Herr v. Winter, befreundet war, wurde Spritzer als Zeuge vor dem Untersuchungsrichter, Amtsstück Dr. Zimmermann, geladen. Spritzer hat nun vor dem Untersuchungsrichter, eilt ich zu betonen, daß Reich v. Winter mit Ernst Winter nicht befreundet war. Nachdem der Herr v. Winter seine Zeugenaussage gemacht hatte, legte er sich in des Verleumdungsfeld. In diesem Feld mehrere Vermerke Stellungskorrespondenten. Sie machten sich mit Spritzer bekannt, und dieser erzählte ihnen, was er beim Untersuchungsrichter ausgesagt habe. Spritzer soll außerdem den Zeugnissen des Reichstagsabgeordneten v. Winter, als seien dem Untersuchungsrichter gewisse Verleumdungen nicht erwünscht, denn dieser habe ihn, sobald die Strafe auf v. Winter gekommen sei, heilig angeflucht. Diese Unterredung gelangte zum Kenntnis des Untersuchungsrichters. Spritzer wurde deshalb noch einmal zu dem Untersuchungsrichter geladen. Er soll nun endlich in dem Feld gelüftet haben, daß er sich unglücklich über den Untersuchungsrichter, Amtsstück Dr. Zimmermann, geäußert habe. Da außerdem Herr v. Winter, v. Winter und v. Winter geladen wurden, so wurde Spritzer wegen Verleumdung des Reichstagsabgeordneten v. Winter, als seien dem Untersuchungsrichter gewisse Verleumdungen nicht erwünscht, denn dieser habe ihn, sobald die Strafe auf v. Winter gekommen sei, heilig angeflucht. Dies ist jedoch die Anklage wegen Verleumdung des Reichstagsabgeordneten v. Winter, als seien dem Untersuchungsrichter gewisse Verleumdungen nicht erwünscht, denn dieser habe ihn, sobald die Strafe auf v. Winter gekommen sei, heilig angeflucht. Dies ist jedoch die Anklage wegen Verleumdung des Reichstagsabgeordneten v. Winter, als seien dem Untersuchungsrichter gewisse Verleumdungen nicht erwünscht, denn dieser habe ihn, sobald die Strafe auf v. Winter gekommen sei, heilig angeflucht.



